

„Deutschland muss klar sagen, was es Hochqualifizierten bietet“

IT-Spezialist: Die USA machen es mit dem Fachkräfte-Visum vor

Von Daniel Bräuer

Heidelberg. Rund 1,4 Millionen Menschen sind seit 1992 mit einem eigenen Fachkräfte-Visum in die USA eingereist; gut die Hälfte ging die IT-Branche, die meisten von ihnen Inder. „Das H-1B-Visum ist ein sehr erfolgreiches System“, sagt Kishore Pinpati. Der gebürtige Inder hat für seine Master-Arbeit am Heidelberg Center for American Studies die Geschichte und Wirkung von H-1B erforscht.

Der scharfe Widerstand der Gewerkschaften, so Pinpati, war demnach unbegründet. So zog jede IT-Fachkraft über sieben neue Stellen in Produktion, Marketing, Vertrieb nach sich. Fünf Millionen neuer Arbeitsplätze statt Jobverlust.

Das Visum gilt für drei Jahre, ist einmal verlängerbar, Familiennachzug inklusive; danach winkt die berühmte unbefristete „Green Card“. Bedingung für H-1B: Ein vierjähriger Bachelor-Abschluss, ein Stellenangebot aus den USA und 50 000 Dollar Gehalt. Die nötigen Englisch-Kenntnisse – für Inder selbstverständlich.

Dabei entstand H-1B, noch bevor die IT-Branche zu boomen begann. Senator Ted Kennedy hatte auf den Spuren seines Bruders John (Präsident 1961-63) für das Prinzip geworben: Rein darf, wer gebraucht wird. Das Kontingent von 65 000 Visa pro Jahr wurde stets ausgeschöpft, immer schneller, oft binnen weniger Tage. Das waren die späten Neunziger und der Internet-Boom. Das Jahr-2000-Problem zeichnete sich ab und forderte Fachkräfte. Mehr, als die US-Universitäten hergaben. Die Obergrenze stieg bis auf 195 000 Visa – doch prompt brachen die Bewerberzahlen ein: Die Internetblase platzte, nach 9/11 wurden die Kontrollen verschärft, die globalen Netze erlaubten das Auslagern von Dienstleistungen zurück nach Asien, ohne Migration. Inzwischen gilt wieder die alte Zahl, auch wenn Google oder Microsoft für eine Erhöhung werben.

H-1B ist so erfolgreich, weil es so einfach ist, meint Pinpati. Ganz anders die Schröder'sche „Green-Card“. Er selbst setzte im Jahr 2000 große Hoffnungen in

das Projekt. Bis er merkte: Für kleine Unternehmen wie seines war der Aufwand viel zu groß. Und auch wenn er heute in seiner Heimat von Deutschland erzählt, hört er: „Da weiß ich nicht, was mich erwartet.“ Dabei könnte das Land viel offensiver mit seinen Vorzügen werben – vom längeren Urlaub bis zur kürzeren Flugzeit heim nach Indien. Fehlt nur die klare Linie in der Integrationspolitik.

„Viele meiner Freunde sind mit H-1B nach Amerika gegangen“, sagt Pinpati. Er selbst hat das nie versucht: 1994, nach seinem Abschluss in Bangalore, wollte er in Europa weiterstudieren. Er kam aus Sprachgründen an die Schiller International University. Und am Neckar blieb er. „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren“, lacht er. „So einfach ist das.“



Kishore Pinpati, 38, unterstützt mit seiner Firma in Heidelberg junge IT-Unternehmen und forscht zeitgleich über die Einwanderungspolitik der USA. Foto: Sven Hoppe

„Die Kita-Pflicht wird kommen – so sicher wie“

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister von Neukölln, im RNZ-Interview – Umgang mit Sarrazin

Von Christoph Slangen

Berlin. Heinz Buschkowsky (SPD) ist Bürgermeister von Neukölln, einem für seinen hohen Migrantenteil bekannten Problembezirk Berlins (Foto: dpa).



> Kann ein Integrationsgipfel im Kanzleramt Probleme vor Ort lösen?

Solche Gipfel sind immer konsensual angelegt. Und damit zumeist auch ohne alltagstaugliche, konkrete Ergebnisse. Wir brauchen klare Zielmarken für ein schlüssiges Zuwanderungskonzept.

> Die Bundesregierung will 400 Millionen Euro für die Sprachförderung in Kitas ausgeben. Ein guter Anfang?

Das ist der Schlüsselstein im Puzzle. Oh-

ne Sprache geht gar nichts. Wir müssen die Kinder in den bildungsfernen Milieus erreichen, wo Erziehungskompetenzen fehlen, nicht gespielt und nicht vorgelesen wird und der Tagesablauf vom Fernsehprogramm des Heimatsenders geprägt ist.

> Brauchen wir eine Kita-Pflicht?

Die wird kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche. Ich bin dafür, mit verbindlicher Vorschulerziehung so früh wie möglich zu beginnen. Kita-Pflicht heißt hier nicht, Pädagogisieren von morgens bis abends. Das kann zwei bis drei Mal die Woche für vier Stunden sein. Das ist weder Bevormundung der Eltern noch sozialistische Einheitserziehung oder gar ein Verfassungsbruch.

> Ab dem Jahr 2013 will die Regierung ein Betreuungsgeld zahlen.

Das ist eine politische Missgeburt aus der Mottenkiste. Wir müssen die Kinder aus

den Milieus herausholen statt Prämien für ihr Daheimbleiben zu zahlen.

> Sind Sie in der SPD in Sachen Integration immer noch ein Außenseiter?

Früher war es einigen fast peinlich, mit mir gesehen zu werden. Heute ist es zumindest nicht mehr ehrenrührig, meine Positionen zu teilen.

> Ihr Parteifreund Thilo Sarrazin soll aus der SPD ausgeschlossen werden.

Eine freie Gesellschaft ist die Gemeinschaft freier Menschen. Die Freiheit des Einzelnen ist die Freiheit des Geistes. Man kann nicht den Zeichner von Karikaturen ehren und den Verfasser von Thesen in Acht und Bann schlagen, so lästig und falsch sie auch sein mögen. Das Thema totsichweigen, indem man Sarrazin einfach entsorgt, bereitet mir Bauchschmerzen. Das wird nicht klappen, und es wird der SPD schaden.